

# Laibacher Zeitung.

Nr. 132.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 12. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1871.

## Nichtamtlicher Theil. Politische Uebersicht.

Laibach, 11. Juni.

Das Resultat der Generaldebatte über das Budget ist ausgefallen, wie wir es vorhergesehen. Wir wollen es nicht als einen Sieg der Regierung feiern, selbst das Gefühl wahrhafter Befriedigung, das wir über die Thatfache empfinden, daß durch das Votum vom 7ten Juni eine gefährvolle Krisis vom Vaterlande abgewendet wurde, erhält einen bitteren Beigeschmack, indem wir den Quell so vieler anderer Gefahren, das Krebsübel unserer politischen Verhältnisse: die maßlose Intoleranz, die persönliche Leidenschaft unserer politischen Parteimänner, durch eben jenes Votum des Abgeordnetenhauses aufs Neue bloßgelegt sehen.

Männer, die man seit Jahren als Verbündete gefeiert, als Führer auf den Schild gehoben, die man noch vor wenigen Stunden als unerschütterliche Ecksteine des Liberalismus und der Verfassung gepriesen und angepöbeln, werden im Handumdrehen als Verräther, als Fahnenflüchtlinge verketert, als Reactionäre verhöhnt, beschimpft, mit den niedrigsten Motiven verdächtigt, angefeindet und förmlich vogelfrei erklärt, weil dieselben in einer Frage sich nicht von dem Parteigeiste, der da stets verneint — leiten und beherrschen ließen, weil sie den Muth hatten, den Parteithronen in einem Momente, wo es diesen gerade unbequem war, ins Gesicht zu sagen: „Gebt dem Kaiser, gebt dem Staate, was des Kaisers, was des Staates ist!“ — Und diese Männer sprachen so, nicht etwa hinterrücks; sie schlichen dabei nicht etwa die Wege der Intrigue im eigenen Parteilager, um rivalisirenden Führern ein Bein zu stellen, wie dies sonst manchmal vorgekommen sein soll; sie besandeten ihre Meinung offen in dem Momente, als die Frage zum ersten male aufs Tapet kam, sie machten aus ihrer Ueberzeugung, trotz aller Drohung mit dem Dolche publicistischer Verleumdung und politischer Excommunication, bei keinem Anlasse ein Hehl!

Es ist nicht unseres Amtes, jene Männer gegen diese Dolche, gegen den angedrohten Bann in Schutz zu nehmen. Es ist uns blos darum zu thun, auf's Neue zu zeigen, wie sehr berechtigt der Vorwurf ist, gegen den sich fast jeder der Matadore der Verfassungspartei leghin in der Budgetdebatte um so entrüsteter verwahrte, je lauter und je öfter die öffentliche Meinung denselben dieser Partei zuruft, der Vorwurf: daß sie der politisch geklärten Ziele entbehren, daß sie sich in ihrem Thun und Lassen nicht von sachlichen Motiven leiten lassen, sondern völlig den Impulsen einer unbezähmbaren Parteileidenschaft überlassen, persönliche Politik treibe. Weit entfernt, die Meinung des politischen Gegners zu achten, wird der eigene Parteigenosse sofort verfehmt und verdächtigt; es werden ihm die niedrigsten Motive insinuiert, sobald derselbe sich nicht zum vernunftlosen Echo der beliebten Schlagworte hergeben will. Selbst schaffen, das ist nicht Sache der Partei, welche sich die Verfassungstreue ausschließlich gepachtet zu haben wähnt; herrschen ist ihre Devise, durch Nichtsthun will sie dieselbe verdienen. Wer sich dieser Herrschaft nicht blindlings fügt, wer ihr im Nichtsthun nicht helfen will, der wird als Verfassungsfeind, als Reactionär verdächtigt und verketert, dem Ostracismus preisgegeben; mag drum der Staat „verfassungsmäßig zu Grunde gehen!“

In der nächsten Woche dürften die Delegationen ihre Thätigkeit beginnen. Zunächst tritt am Montag der ungarische Ausschuss für das Heeresbudget und acht Tage später der Finanzausschuss zusammen.

Die Prager Jesuiten arrangiren eine Volksversammlung behufs Votirung einer Vertrauensadresse an die Regierung und Fassung einer Resolution für die Beilegung Oesterreichs an der Wiedererklämpfung der weltlichen Herrschaft des Papstes, sowie für die Giltigkeitserklärung des Unfehlbarkeitsdogmas. Die Versammlung findet am 18. Juni statt.

In Versailles fand Donnerstag die Discussion über die vielbesprochene Abschaffung der Verbannungsgesetze statt, und wie der Telegraph uns meldet und wie zu erwarten stand, wurden diese Gesetze mit 484 gegen 103 Stimmen aufgehoben und alsdann als logische Consequenz dieses Beschlusses die außerdem unbeanstandeten Wahlen des Herzogs von Aumale und des Prinzen Joinville als gültig erklärt. Es sind mithin Graf Chambord nach einundvierzigjähriger und die Wittglieder der Familie Orleans nach dreißigundzwanzigjähri-

ger Verbannung wieder vollberechtigt, ihren Aufenthalt in Frankreich zu nehmen.

Thiers sagte bei der Verhandlung in der Nationalversammlung, er sei anfänglich der Abschaffung der Verbannungsgesetze entgegen gewesen, weil er glaubte und noch glaubt, daß dies gefährlich sei und Unruhen im Lande herbeiführen könnte, wo der Bürgerkrieg zwar beendet, die Leidenschaften aber nicht besänftigt seien. Er trat sodann den Anschauungen der Commission über die Verpflichtung der Prinzen von Orleans bei, daß sie nicht in die Nationalversammlung eintreten und die Besorgnisse nicht rechtfertigen würden, die sie einflößen. Thiers betont die Nothwendigkeit, alle aufregenden Fragen im Interesse der Ordnung und des Credits zu verlagern. Er sagt: Ich habe die Republik in Verwahrung bekommen, ich werde sie nicht verrathen. Er schließt seine Rede, indem er sagt: Ich werde Niemanden täuschen.

Als Curiosum, mit welchen Anschauungen man sich bereits in Frankreich vertraut zu machen anfängt, mag dienen, daß die Nachricht der in Rom erscheinenden „Roma Nuova“ Verbreitung und selbst Glauben findet, die Jesuiten hätten Herrn Thiers angeboten, die ganze Kriegsschädigung zu zahlen, wenn derselbe sich verpflichte, mit dem Königreich Italien tabula rasa zu machen und den heiligen Vater wieder in seine weltliche Herrschaft einzusetzen.

Verlässliche Privatmittheilungen aus St. Denis constatiren, daß während der Einnahme von Paris mehr als 15.000 Menschen getödtet wurden; daß communistische Weiber Officiere und Soldaten der Versailler Armee vergifteten Wein reicheten, worauf diese auf offener Straße unter furchtbaren Convulsionen starben; dann daß mehr als hundert nicht mehr wegzubringende Verwundete in der Ambulanz in den Tuileries von den Socialisten durch angezündetes Stroh erstickt wurden.

Berichte aus den Provinzen melden übereinstimmend, daß die Agitationen der Monarchisten für die demnächst statthabenden Ergänzungswahlen zur Nationalversammlung große Dimensionen annehmen. Sie wollen nach Completirung der Constituante die Frage der künftigen Regierungsform in erster Linie entschieden wissen.

Mehrere norddeutsche Blätter enthalten folgende officiöse Notiz: „Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich zu wiederholtenmalen zu Gunsten Napoleons ausgesprochen. Es ist daraus der Schluß gezogen worden, daß sich unsere Regierung für die Wiedereinsetzung Napoleons interessire. Diese Auffassung ist indessen unberechtigt. Aus den Erklärungen und der Haltung der Regierung geht hervor, daß sie fortbauernthatsächlich wie grundsätzlich das Princip der Nichtintervention aufrechterhält.“

Durch Cabinetsordre des Kaisers Wilhelm vom 1ten d. M. ist die Demobilmachung des Garde-, 5., 7. Armee-corps, der 17. Division, des 15. Armee-corps, sowie der außer diesem in Elsaß Lothringen dislocirten Truppentheile befohlen und die Zurückführung derselben auf die etatsmäßige Friedensstärke, soweit die Anforderungen des Garnisonsdienstes es gestatten, angeordnet worden.

Der Czar wurde bei seiner Ankunft in Berlin am 8. Juni von Kaiser Wilhelm und sämmtlichen Prinzen empfangen und in das russische Gesandtschaftshotel geleitet, wo eine Ehrencompagnie des Kaiser-Alexander-Regimentes mit Musik aufgestellt war. Derselbe begrüßte den Czar mit der russischen Hymne und befehlte dann vor beiden Kaisern unter den Klängen des Pariser Einzugsmarsches. Kaiser Alexander trug die preussische Uniform mit dem Schwarzen Adler-Orden, der Kaiser Wilhelm und die preussischen Prinzen hatten russische Generals-Uniformen und den Andreas-Orden. Eine zahlreiche Menschenmenge war bei der Ankunft zugegen.

Die Berliner „Post“ veröffentlicht ein Bukarest-Privat-Telegramm, wonach die Differenzen zwischen der rumänischen Regierung und Stronsberg durch Unterhandlungen einer Verständigung nahe sind. Die rumänischen Eisenbahn-Obligationen sollen in rumänisches, auf Staatsdomänen fundirtes Staatspapier unter Reduction der Zinsen umgewandelt und der im Jänner fällig gewesene Coupon bezahlt werden. Hierauf bezügliche Vorlagen werden demnächst der rumänischen Kammer zugehen.

In München wurde die Frohnleichnam-Procession ohne Pomp und ohne Militär-Affistenz abgehalten. Nur wenige Häuser waren decorirt. Die Universitäts-Professoren sowie der Magistrat enthielten sich der Theilnahme.

Die Haltung des größeren Theiles der Münchener Bürgerschaft gegenüber dem Vorgehen des Magistrats in Betreff der das Unfehlbarkeits-Dogma in der Schule lehrenden Religionslehrer nimmt einen bedenklichen Charakter an. Am 7. d. begab sich eine im Namen von nahezu 3000 Familienvätern sprechende Deputation von Bürgern der Vorstädte zum ersten Bürgermeister Erhardt und gab die kategorische Erklärung ab: „Der Magistrat hat seine Competenz als Vertreter der politischen Gemeinde überschritten und sich an die Spitze der Störer des Religionsfriedens gestellt. Die Männer, in deren Namen sie (die Deputation) sprechen, machen nur den Magistrat für Alles verantwortlich, was aus der tief ernststen Stimmung entstehen könne und werde. Viele aber, welche bis jetzt nur Zuschauer waren, werden durch das Gebahren der Vertreter der Bürgerschaft in die Arena einzutreten gedrängt und dort gewiß mit allem Nachdrucke ihre Rechte, welche man ihnen als christliche Eltern ihren Kindern gegenüber beeinträchtigen will, fordern und auch verteidigen.“

Eine Circularnote Visconti-Benost's an die auswärtigen Mächte benachrichtigt diese, daß das Königreich Italien am 1. Juli Besitz von Rom als der Reichsresidenz nimmt, und ladet dieselben ein, auch ihre Vertretungen dahin zu verlegen. Die Circularnote enthält auch die Mittheilung, daß angesichts der Weigerung der gegenwärtigen französischen Regierung, ihren Vertreter nach Rom folgen zu lassen, die italienische Regierung sich zu Repressalien genöthigt sehe und vorläufig nur einen Geschäftsträger (Charge d'affaires) nach Paris entsenden werde.

„La Turquie“ meldet die gänzliche Unterdrückung des Aufstandes in Yemen und die Wiederherstellung der Ruhe in Albanien. Im ganzen türkischen Reiche herrscht jetzt tiefer Frieden, wie schon seit lange nicht.

Die Nachricht über die Einstellung des russischen Feldzuges nach China wird bestätigt.

## Abgeordnetenhaus.

Wien, 8. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab vorerst der Präsident bekannt, es sei von Seite des Abgeordneten Plener folgende Zuschrift eingelaufen:

„Hohes Präsidium! Nachdem ich mich mit meinen Wählern nicht mehr in Uebereinstimmung befinde, so beziehe ich mich auf meine gestern im hohen Hause abgegebene Erklärung und führe dieselbe aus, indem ich mein Mandat niederlege.“

Plener.“

Sodann wird die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt.

Abg. Kovacs ergreift das Wort und erklärt, daß die Abgeordneten des rechten Centrums das Programm des Ministeriums acceptiren. Die Deutschen in Böhmen mögen dieselbe Lehre annehmen, die Schmerling den Deutschen in Ungarn gegeben hat.

Abg. Skene. Ich bin ins politische Leben eingetreten mit der Ueberzeugung, daß alle Interessen sich den Staatsinteressen unterordnen müssen. Das Princip der Nationalität vereinbart sich nicht mit der Existenz Oesterreichs, deshalb habe ich dagegen sowohl, wie gegen den Ausgleich mit Ungarn gekämpft und gestimmt. In unserem Verfassungsleben erfüllt sich die Thätigkeit Penelope's, daß das, was an einem Tage angefangen, am anderen Tag zerstört wird.

Bisher hatten wir doch einen Haltpunkt. Man hielt an einer Gesamtvertretung der Bevölkerung als einer Staatsnothwendigkeit fest; allein dieser Haltpunkt wird jetzt der staatsrechtlichen Opposition preisgegeben; indem man den Schwerpunkt in die Landtage verlegt, untergräbt man das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und untergräbt die Armee in Gesittung und Zusammengehörigkeit, so daß dieses letzte Mittel einmal nicht mehr dem Staate angehören wird. (Rufe: So ist es! links. Oho! rechts.)

Das ist allerdings ein alter Standpunkt, allein wir kämpfen dafür seit zehn Jahren, das Neue müssen die Herren auf der Ministerbank bringen. (Heiterkeit links.) Sie haben auch Neues gebracht, ein neues Schlagwort, welches heißt: „Den inneren Frieden anstreben.“ Der innere Friede wird kommen, wenn in Oesterreich eine Regierung kommt, welche den Muth hat, alle Consequenzen aus der Staatsidee zu ziehen, welche nicht heute mit dieser, morgen mit jener Partei geht. Unsere Erfahrung beweist, daß man eine Partei, die sich nicht auf den Boden der Verfassung stellt, nicht befriedigen kann; man kräftigt sie blos, man zieht sie groß und



das wird auch die gegenwärtige Regierung, wenn sie überhaupt ein langes Leben haben wird.

Die jetzige Regierung hat das Unglück, daß sie immer zu spät kommt. Sie hat nach socialistischer Richtung kokettiert — und es sind die Ereignisse in Paris eingetreten. (Heiterkeit. Rufe: Sehr gut!) Gewisse Aeußerungen werden in der öffentlichen Meinung laut, die Regierung schreitet gegen dieselben ein und macht sie zu einer Art politischer Demonstration. (Siegesfeier.)

Zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Politik wird der früheren Regierung von der Ministerbank vorgehalten, sie hätte auch nichts ausgerichtet. Allein das ist doch keine Rechtfertigung zur Beseitigung der Verfassung. (Bravo links.) Die Verantwortung für diese verderbliche Politik trifft den, der diese inaugurirt hat; die Verantwortung für die herrschende Verwirrung und dafür, daß das Haus von seinem äußersten Rechte Gebrauch macht, hat das Ministerium zu tragen. Eine Politik, die den Zerfall des Reiches nach sich ziehen muß, ist so gefährlich, daß die ernstesten Mittel dagegen gerechtfertigt sind. Ueber jene Reden, welche direct die Loyalität zur Schau tragen, kann man mit aller Beruhigung hinweggehen, das sind billige rhetorische Mittel. Ich werde für die Ablehnung des Budgets stimmen.

Abg. Baron Pascotini. Er finde beim Ministerium den guten Willen, die Versöhnung herbeizuführen und werde daher für das Budget stimmen. Die erste Vorlage des Ministeriums war unglücklich, die zweite wird vielleicht glücklich sein.

Baron Hackelberg (Großgrundbesitzer) spricht für den Antrag Groß.

Dr. Ginzl. Er fühlt sich umsomehr verpflichtet, den Standpunkt zu wahren, weil man seiner Partei (Großgrundbesitzer) vorwerfe, politische Wetterfahnen zu sein. Im Interesse der Wahrheit und seiner patriotischen Ueberzeugung muß er das zurückweisen. Wir stehen treu zur Verfassung. Er hält aber die vorliegende Frage nicht für eine solche, die eine principielle Entscheidung hervorrufen müsse. Es ist zu unterscheiden zwischen Staatsregierung und Staatsverwaltung; es ist ein anderes, die Mittel zur Staatsverwaltung, ein anderes, die zur Regierung zu bewilligen; wenn die Regierung Mittel für sich zur Ausführung ihrer Pläne verlangte, dann müßte man sie verweigern; aber es ist nicht in der Ordnung, die Mittel zur Verwaltung zu verweigern. Se. Majestät hat das Haus zur Mitwirkung aufgefordert, wie ist aber ein Zusammenwirken möglich, wo gegenseitiges Vertrauen fehlt. Der Redner will den Ministerpräsidenten inständigst bitten, doch dem Hause kurz, bündig und offen Aufklärung über die Tendenzen der Regierung zu geben, damit das Mißtrauen weiche. (Heiterkeit, in die auch die Minister einstimmen.) Nach seiner Ueberzeugung ist es absolut unmöglich, mit der die Verfassung negirenden staatsrechtlichen Opposition zu pactiren. Das ist logisch unmöglich, und kein Staatsmann kann das logisch Unmögliche möglich machen. Ein Ausgleich um jeden Preis wäre eine Preisgebung Oesterreichs. Wenn aber die Regierung anderer Meinung ist, dann „erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur.“ (Heiterkeit.)

Dr. Dienstl erklärt, mit der Verfassungspartei zu stimmen.

Abg. Baron Chlumetzki will nicht im Namen einer Gruppe, sondern für das Reich sprechen. Seine Partei (Großgrundbesitzer) habe gleich bei der Votirung der Adresse erklärt, daß sie irgendwelche Konsequenzen daraus nicht ziehe. Er versichert, daß die in dieser Frage bestehende Verschiedenheit der Ansichten in der Verfassungspartei keine Zerspaltung der Partei bedeute, wie höhnisch behauptet wurde. (Bravo! links.) Redner bestreitet, daß die Bewilligung ein Vertrauensvotum sei. (Entgegnungen links.) Die Bewilligung geschieht ja nicht bezüglich bestimmter Personen, sondern bezüglich bestimmter Leistungen. Es ist überdies ausdrücklich erklärt worden, daß die Verweigerung keineswegs die Unmöglichkeit für die Regierung, ihre Pläne durchzuführen, nach sich ziehen werde. Man sagte, der eigentliche Grund des Votums sei, die Regierung zur Auflösung des Hauses und zum Appell an die Wähler zu nöthigen. Aber der Auflösung steht ja die Ueberzeugung zur Seite, daß wir nicht in noch größerer Majorität hierherkommen. (Links: Ganz gleichgültig.) Wir werden immer für die Verfassung kämpfen und die Versöhnung wollen, aber wir müssen wissen, was man unter Versöhnung versteht. Wir bekämpfen die Regierung besser im Hause, indem wir ihr keine Ruhe gönnen, das Werk zu beenden, als indem wir sie zu Experimenten provociren.

Dr. Berger beantragt Schluß der Debatte. (Mit 70 gegen 63 Stimmen angenommen.)

Der Präsident fordert die Wahl von Generalrednern. Die Linke wählt Dr. Sturm, die Rechte Dr. Smolka.

Dr. Sturm: Wenn der Antrag des Dr. Groß angenommen wird, dann ist unsere Thätigkeit für lange Zeit sistirt; er wirft daher einen Rückblick auf die kurze Session. Das Ministerium hat erklärt, es wolle Änderungen der Verfassung im Sinne der Landtage, daher bekämpfen wir das Programm, nicht aber die Personen, und weisen solche Verdächtigungen energisch zurück. Die politischen Persönlichkeiten des gegenwärtigen Ministeriums können wir nicht bekämpfen, denn es hat keine derselben noch ein politisches Programm ausgedrückt, mit Ausnahme des Präsidenten und des Ministers aus

Galizien, der sich immer widerspricht. (Heiterkeit.) Es ist ein weiteres Zeichen der Mäßigung der Verfassungspartei, daß dieselbe nur „derzeit“, keineswegs aber vollständig das Budget verwerfen will, womit alle Loyalitätsrückichten entfallen.

Das Ministerium glaubt wohl, wenn das Föderativexperiment auch gelungen sei, in den Schoß des Absolutismus zurückkehren zu können. Redner citirt einen Zeitungsartikel, welcher im Zusammenhange mit der gestrigen Bemerkung des Finanzministers glauben mache, daß das Ministerium fasse den Parlamentarismus so auf, daß die Kammer thun müsse, was die Regierung will. Wir erleben es, daß wir, die wir Oesterreich haben wollen, uns von Anderen, die es haben müssen, sagen lassen, daß wir schon mit einem Fuße draußen ständen. Der Redner beruft sich gegenüber den Grundbesitzern auf die Wähler seiner Partei, welche erwarten, daß die Gewählten so vorgehen, wie sie es thun, und bei den Neuwahlen würde das ins Gewicht fallen. Die ganze, große deutsch-liberale Wählerschaft erwartet, daß jeder Abgeordnete seine Pflicht thue. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Smolka recapitulirt die Argumente der Rechten. Er weist auf die vollständige Nutzlosigkeit der Steuerverweigerung in Preußen in der Conflictperiode. Er kommt abermals darauf zurück, die Verweigerung illoyal zu nennen. Der Redner will in seiner weiteren Ausführung den Vorwurf der Lemberger Illumination aus Anlaß französischer Siege zurückweisen und bemerkt, es war dies am 18. August, dem Geburtstage des Kaisers. (Heiterkeit.)

Se. Excellenz Herr Ministerpräsident Graf Hohenwart: Nach der so langen und ermüdenden Debatte, welche das hohe Haus gestern und heute nunmehr bereits zum dritten oder vierten Male in Anspruch genommen hat, werde ich mich ganz kurz fassen und, ohne mich in eine Polemik einzulassen, mich lediglich auf einige wenige, rein sachliche Bemerkungen beschränken.

Nach § 11 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 über die Reichsvertretung gehört zum Wirkungskreise des Reichsrathes die Feststellung des Voranschlages des Staatshaushaltes. Kraft dieser gesetzlichen Bestimmung sind Ihnen, meine Herren, die Staatsvoranschläge vorgelegt worden und es ist Ihre verfassungsmäßige Pflicht, auf Prüfung und Feststellung derselben einzugehen, wobei es sich von selbst versteht, daß die Erfüllung einer solchen Pflicht noch kein Vertrauensvotum für das Ministerium begründet.

Wenn jedoch dem entgegen von einer Seite des Hauses der Antrag gestellt wird, über diese Regierungsvorlage zur Tagesordnung überzugehen (Widerspruch links und Rufe: Nur vertagen) oder dergleichen nicht einzugehen — was nach den Erklärungen, die von dieser (linken) Seite des hohen Hauses gegeben worden sind, wohl, wie ich glaube, dem Effect nach ziemlich gleich ist — wenn nun ein solcher Antrag gestellt wird, so ist derselbe gleichbedeutend mit der Ablehnung einer verfassungsmäßigen Pflicht, folglich mit einer Verletzung der Verfassung. (Dho! links, Beifall rechts.)

Auf welche Gründe gestützt, glaubt man dem hohen Hause einen solchen Antrag stellen zu dürfen? Haben wir die Verfassung in einem auch noch so unbedeutenden Punkte verletzt? Haben wir die Rechte des Volks in irgendwelcher Weise zu verkürzen gesucht? (Rufe: Ja! links; Nein! rechts.)

Nein! Selbst unsere erbittertesten Gegner haben bisher eine solche Anklage gegen uns zu erheben nicht vermocht. Im Gegentheil, das Ministerium hat bei jedem Anlasse ausdrücklich erklärt, daß es auf dem Boden der Verfassung stehe und daß, wenn es eine Reform derselben anstrebt, welche auch von der anderen Seite in diesem hohen Hause angestrebt wird — keinen Schritt ohne Zustimmung der Reichsvertretung unternehmen werde. Ja noch mehr, meine Herren! Se. Majestät selbst haben in Beantwortung der alleranerkennigsten Adresse des Abgeordnetenhauses erst vor wenigen Tagen die gleiche Zusicherung allergnädigst zu ertheilen geruht. Allein selbst diese höchste Garantie, die überhaupt gegeben werden kann, wird absichtlich ignoriert und die kaiserliche Aufforderung an das hohe Haus, mitzuwirken zum Werke der Versöhnung, wird beantwortet mit einem Antrage auf Verweigerung des Budgets, einem Antrage, der durch nichts anderes begründet wird, als durch imaginäre Tendenzen, die man dem Ministerium unterstellt, durch nebelhafte Befürchtungen, ja selbst durch Sensationsnachrichten der Zeitungen. (Bravo! Sehr gut! rechts.)

Meine Herren! Wenn heute ein Redner von der linken Seite des hohen Hauses seine Ausführungen gegen das Ministerium auf ein in den heutigen Wiener Blättern enthaltenes Telegramm aus Prag zu stützen sich erlaubt hat, so gestatten Sie mir dagegen, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf ein anderes Telegramm aus Prag zu lenken, welches die gestrigen Wiener Blätter brachten, und welches die Mittheilung bringt, daß die Markgrafschaft Mähren dem Königreiche Böhmen unter einer gemeinschaftlichen, dem Generallandtage des Königreiches Böhmen verantwortlichen Landesregierung einverleibt werden solle. Nun, meine Herren! Dieses Telegramm ist, so wie ein anderes, welches wenige Tage vorausgegangen ist, über eine angebliche Zerstückung Schlesiens vollständig erfunden und ich glaube, Ihnen habe ich wohl nicht nothwendig, auseinander zu setzen, zu

welchem Zwecke dasselbe erfunden worden ist. (Rufe rechts: Sehr gut!) Eine Sache, die sich solcher Mittel bedienen muß, kann unmöglich eine gute, eine gerechte sein. (Bravo! rechts.)

Wenn gestern ein Herr Redner von der linken Seite des Hauses bemerkt hat, daß unter den Deutschen in Böhmen eine große Beunruhigung herrsche so finde ich es gegenüber solchen Preismandanten vollkommen verständlich und erklärlich. Allein die Deutschen in Böhmen, meine Herren! mögen sich beruhigen. Sowie das Ministerium bisher noch keines ihrer Rechte auch nur im Entferntesten verkürzt hat, so schließt es auch jeder solchen Gedanken für alle Zukunft unbedingt aus. (Bravo rechts.)

Wahrlich noch nie ist eine so folgenschwere Krisis wie diejenige ist, welche der Antrag des Abg. Groß bezieht, in so ungerechtfertigter Weise heraufbeschworen worden. (Bravo! rechts.)

Das Ministerium muß sich daher auch feierlich verwahren gegen die unheilvollen Konsequenzen, welche ein solcher, wie ein anderer Redner heute bereits hervorgehoben hat, in der parlamentarischen Geschichte aller Staaten geradezu unerhörter Vorgang möglicherweise im Gefolge haben kann und es muß die volle Verantwortlichkeit hierfür denjenigen überlassen, welche in solcher Weise die Staatsmaschinerie zum Stillstande bringen wollen. (Beifall und Handclatschen rechts.)

Es wird abgestimmt, der Antrag Groß wird mit 77 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag Groß stimmten: Banhaus, Beeß, Benisch, Blyfeld, Brandstätter, Carneri, Czedit, Demel, Dinsl, Dumba, Edenberger, Figuly, Fürth, Fux, Giovanelli, Giesla, Glaser, Gromes, Groß, Gschneier, Hackelberg, Hanisch, Herbst, Hofer, Hüscher, Jerschnitz, Klier, Knoll, Korb, Karanda, Leitberger, Lenz, Pichl, Pipp, Mayerhoffer, Wende, Wüller, Neumann, Oberleitner, Pauer, Berger, Pickert, Püllersdorff, Reichenauer, Röller, Ruß, Schaup, Schloffer, Schneider, Schürer, Schulz, Seidl, Stene, Steinbrecher, Stockert, Stremayr, Sturm, Vanderstraß, Theumer, Tomanel, Waldeck, Weber, Wenzlicke, Wichhoff, Wolfrum, Zallner und Zedtwitz.

Gegen den Groß'schen Antrag stimmten die Abgeordneten: Agopsowicz, Antoniatti, Attems, Baderi, Bäuerle, Bartoszewski, Bertagnoli, Bodnar, Brader, Bodmani, Cerne, Chlumetzki, Colombani, Cosia, Czajkowski, Czerkawski, Danilo, Dymkowski, Edlman, Fircly, Garbaczowski, Ginzl, Giovanelli, Grochowski, Grubauer, Gudenus, Halter, Helfferstorfer, Hoppen, Horak, Horodyski, Jrschara, Janowski, Jasinski, Jaworski, Kalnoth, Kietmansegg, Kirchmayr, Klatzke, Koforzowa, Koz Christian, Kovats, Kubeck, Lasser, Ljabisza, Kos, Margheri, Morpurgo, Delz, Pascotini, Dipauli, Pfeiffer, Piotrowski, Poche, Depretis, Rapp, Rydzowski, Ryleki, Salm, Schrams, Smolka, Sonntag, Stauffenberg, Strossio, Suttner, Svetec, Szepeaneki, Szepticki, Tarnowski, Torosiewicz, Bidulich, Wojnovic, Weigel, Weinhandl, Wereschynski, Wodziecki, Zyblikiewicz.

Die Sitzung wurde darauf um 4 Uhr 31 Minuten geschlossen.

Tagesordnung der nächsten Sitzung: Specialcomite über das Finanzgesetz und den Staatsvoranschlag pro 1871. Nächste Sitzung: Freitag.

## Aus Paris.

In der „Times“ vom 3. d. finden wir folgende auf die letzten Ereignisse in Paris Bezug habende telegraphische Nachrichten:

Paris, 2. Juni, Nachts. Der bereits erwähnte Mittheilung Jourde's, welcher als Finanzminister der Commune fungirte, zufolge, bestanden deren Hilfsmittel aus 4 Millionen Francs, welche im Schatz gefunden wurden, 2 Millionen Francs von den Eisenbahnen und 24 Millionen Francs, welche die Bank von Frankreich vorgeschossen. Ihre Ausgaben, welche hauptsächlich in der Zahlung von Sold an die Nationalgardien bestanden, beliefen sich durchschnittlich 800,000 Francs täglich. Jourde erklärt, daß obwohl 350,000 Francs täglich zur Solddahlung für die Nationalgardien bestimmt waren, die Commune gegen Ende des Kampfes nur 30,000 Mann in activen Dienste hatte. Andererseits erklärt der Marquis de Bloec, Vice-Gouverneur der Bank, daß die letztere nur 16 Millionen vorgeschossen und daß deren Sicherheiten vollständig unberührt sind.

In Paris herrscht vollständige Windstille, und alles Interesse concentrirt sich auf Versailles. Summarische militärische Executionen sind als beendet erklärt, doch ist es für Soldaten und für solche, welche man in Verdacht hat, Versailles zu sein, noch sehr gefährlich, einzelne Pariser Stadttheile zu betreten. Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Freitag war die Communication mit Paris noch insoweit erschwert, als das Verlassen der Stadt sehr schwierig war. Die Theater bereiten sich vor, ihre Säle wieder zu öffnen, obwohl von militärischer Seite gewisse Beschränkungen eintreten. Der „Vérité“ ist gestattet worden, von morgen an wieder zu erscheinen, obwohl dieses Blatt der Versailler Regierung heftige Opposition macht. Nach neueren Erzählungen befindet sich Courbet bei den bayerischen Streitkräften außerhalb



Paris. Der Einlaß und das Verlassen von Paris wird selbst von morgen an nur gegen Vorweisung von Pässen erlaubt sein.

Unter den Personen, auf welche die Polizei ihre Hand gelegt hat, figurirt auch der Bürger Fontaine, ein ehemaliger Angeklagter in dem Proceß von Blois. Er war von der Commune zum Director der Domänen und der Einregistrierung ernannt worden und in dieser Eigenschaft beauftragt, die Zerstörung des Thiers'schen Hauses zu leiten. Die widersprechendsten Nachrichten sind im Umlauf über das Schicksal einer gewissen Anzahl Mitglieder der Commune. So heißt es, daß Razona und Eudes, die man für erschossen ausgab, im Gegentheil entwichen konnten und ihre Spur bis heute noch nicht aufgefunden sei.

## Tagesneuigkeiten.

— (Abfertigungen an zeitlich oder bleibend pensionirte Staatsdiener.) Aus Anlaß einer vorgekommenen Anfrage, ob einem bereits zeitlich oder bleibend pensionirten und mit einer dauernden Ruhegebühr theilhaftigen Staatsdiener, wenn er nachträglich unter Berufung auf den § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 9. December 1866 um die Gewährung der Abfertigung statt des ihm bewilligten Ruhegenusses bitten sollte, diese Abfertigung noch angewiesen werden kann, wurden sämtliche Finanzlandesbehörden bedeutet, daß die willfahrende Erledigung eines derartigen Gesuches, welches ein erst nach Emanation der kaiserlichen Verordnung vom 9. December 1866 pensionirter Staatsdiener einbringt, von Seite der zur Bewilligung der diesfälligen Ruhegebühr oder Abfertigung nach Maßgabe des bestehenden Wirkungsfreies besetzten Administrativstelle im Vernehmen mit der competenten Finanzbehörde, und zwar gegen sogleichen Abzug der bereits bezogenen Ruhegebühren und etwaigen Ararialersätze insofern keinem Anstande unterliegt, als von dem Bittsteller sämtliche diesfalls vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden.

— (Großer Diamantendiebstahl.) Die Wiener Polizeidirection wurde telegraphisch in Kenntniß gesetzt, daß in der Nacht zum 7. d. M. in Homburg ein Einbruch verübt und Diamanten im Werthe von über 16.000 Thalern gestohlen wurden.

— (Vergiftung.) Aus Capodistria, 8. d. M., wird der „Tr. Ztg.“ berichtet: Gestern kamen 3 Arbeiter in ein hiesiges Wirthshaus, wo sie je ein Glas Wein tranken. Gleich darauf stellten sich bei ihnen heftige Schmerzen ein und nach kaum 20 Minuten waren sie sämmtlich todt. Die Nachricht verbreitete sich gleich einem Lauffeuer in der Stadt, sogleich erschien eine Sanitäts-Commission, um eine Untersuchung anzustellen. Der Wirth behauptete, die drei Arbeiter müßten, ehe sie ins Wirthshaus kamen, irgend eine schädliche Speise zu sich genommen haben, denn der Wein, von welchem sie tranken, sei soeben frisch angezapft worden und könne unmöglich schädlich sein; zum Beweis dessen leerte der Wirth selbst ein Glas von dem gleichen Wein aus, doch — auch er starb bald darauf. Nachdem die Commission das Faß und den Inhalt untersucht hatte, stellte es sich heraus, daß sich im Faße selbst eine zerplatzte Kröte (nach anderen Aussagen eine Ratte) vorfand, wodurch die Vergiftung des Weines herbeigeführt wurde. (Ein ähnlicher Fall ereignete sich vor wenigen Jahren auch in Triest.)

— (Rochefort) sitzt seit seiner Verhaftung in dem Gefängniß der Rue St. Pierre in Versailles. Er hat eine Zelle für die zum Tod Verurtheilten inne, in welcher sein letzter Vorgänger der im Mai 1867 hingerichtete Pistolet war, ein enges finsternes Loch ohne Fenster, das sein Licht mittelst eines Schiebers durch einen halbdunklen Corridor erhält. Seit einigen Tagen ist er besorgt, zerstreut, schweigsam. Manchmal läßt er seinen Wächtern gegenüber durchblicken, daß er über sein Los beunruhigt sei. Abbé Sollet, der Gefängniß-Geistliche, besucht ihn fast täglich und Rochefort nimmt ihn höflich aber kalt auf. Gewöhnlich beschränkt sich das ganze Gespräch auf wenige Worte: „Brauchen Sie etwas, Monsieur Rochefort?“ „Nein, ich danke, Herr Abbé.“ Inzwischen hat er doch leztlich um einige Bücher, ohne sich indeß viel mit Lectüre zu beschäftigen. Er besitzt nicht genug Geistesruhe dazu. Dagegen schreibt er ungeheuer viel, wahrscheinlich an einer Verteidigungsschrift.

— (Der Beschluß, Paris zu zerstören), wurde, wie die aufgefundenen Protokolle der geheimen Communesitzungen darlegen, in der Nacht des zwanzigsten Mai gefaßt. Die betreffende Sitzung war äußerst stürmisch, und Beslay, der allein den fürchterlichen Maßregeln energisch widerrieth, wäre beinahe mißhandelt worden, während die ganze Versammlung Delescluze jubelte, der in theatralischem Style erklärte, „daß die Freiheit, wenn sie schon sterben müsse, wenigstens eine würdige Leichenfeier erhalten solle.“

## Aus dem Gerichtssaale.

### Proceß Domenig.

#### Dritter Verhandlungstag.

(Nachmittagsitzung.)

Laibach, 7. Juni.

Der Vorsitzende schreitet zum Verhöre des Angeklagten Johann Schmidl in Bezug auf die Aufstellung erdichteter Gläubiger, bezüglich welcher sich Andre Domenig Vormittags zu verantworten hatte.

Der Vorsitzende bringt zuerst über den schon früher vom Verteidiger des Johann Schmidl, Dr. Suppan, ausgesprochenen Wunsch eine Zuschrift des Generalcommando's zur Verlesung, nach welcher Se. Majestät im Jahre 1869 dem Johann Schmidl einen Gnabengehalt von jährlich 300 fl. zu bewilligen geruhten.

Vors.: In welchem Jahre hat Ihr Schwiegersohn mit seinem Wechselgeschäfte begonnen?

Angeklagter Johann Schmidl: Ich glaube im Jahre 1868.

Vors.: Wie ging es mit diesem Geschäfte?

Angekl.: Ich weiß nicht.

Vors.: Sie dürften aber doch nicht ohne Kenntniß vom Gange des Geschäftes gewesen sein, denn die öffentliche Meinung bezeichnete Sie, wie ich dies aus einer Zuschrift des Magistrates constatiere, als stillen Gesellschafter Ihres Schwiegersohnes.

Angekl.: Das ist unrichtig, ich hatte keinen Einblick in das Geschäft.

Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß Ihr Schwiegersohn sich schon im Jahre 1869 in Zahlungsverlegenheiten befunden hatte?

Angekl.: Mein Schwiegersohn hat mir nur gesagt, daß er nach Wien reise, um dort einige Börsendifferenzen zu begleichen, und als er zurückkam, theilte er mir mit, daß er wohl einige Verluste erlitten habe, jedoch trachten werde, dieselben durch Fleiß wieder einzubringen.

Vors.: Diese Verantwortung ist unrichtig, denn das Gericht ist im Besitze von Briefschaften, aus welchen sich mit voller Bestimmtheit ergibt, daß Sie damals nicht bloß über den Zweck der Reise Ihres Schwiegersohnes nach Wien und speciell darüber informirt waren, daß es sich um einen Ausgleich mit den Gläubigern handle, sondern daß Sie bei diesem Ausgleiche thätig mitgewirkt haben.

Angekl.: Mein Schwiegersohn hat mir allerdings, als er im Oktober 1869 nach Wien reiste, ein Paket Obligationen zur Aufbewahrung übergeben, worüber ich das Verzeichniß noch in Händen habe und hiemit dem Gerichte übergebe. Diese Obligationen habe ich jedoch meinem Schwiegersohn partiellweise, mit Ausnahme der Lloyd-Dampfschiff-Actien, bezüglich welcher sich später herausstellte, daß sie dem W. in Triest gehören, zurückgestellt.

Vors.: Mit wem hatte denn Ihr Schwiegersohn in Wien einen Ausgleich versucht?

Angekl.: Ich glaube mit dem Handlungshause B., weiß es jedoch nicht gewiß.

Vors.: Diese Verantwortung ist falsch. Ich bringe den Brief des B. an Sie zur Verlesung, aus dem sich ergibt, daß Sie in dem Briefe an Dr. D. sich dem B. gegenüber zu einem Ausgleiche mit 40 % erboten haben, B. jedoch auf seiner Forderung von 60 % deshalb bestand, weil Ihr Schwiegersohn von B. unter der listigen Vorpiegelung, Deckung zu suchen, Wertpapiere im Betrage von 10.000 fl. erschwandelte.

Angekl.: Es ist mir wohl erinnerlich, daß zwischen meinem Schwiegersohne und dem B. ein Ausgleich mit 60 Percent zu Stande gekommen ist.

Vors.: Sie haben an Dr. D. in Wien 14 Stück Lloyd-Actien zu dem Zwecke eingekauft, daß damit einige Lose aus dem Depot des Domenig ausgelöst würden. Mittlerweise schreibt aber Ihr Schwiegersohn an Dr. D., er müge die Lloyd-Actien verkaufen und mit dem Erlöse an den Gläubiger B. eine Abschlagszahlung auf die Ausgleichssumme leisten. Dr. D. konnte über diesen Brief nicht verfügen, und deshalb verlangte er von Ihnen die diesfällige Ermächtigung. Sie haben in den Verkauf der gedachten Actien zu diesem Zwecke gewilligt, und so ist das Haus B. mit dem Erlöse theilweise befriedigt worden. Das Gericht hat Beweise, daß jene 14 Lloyd-Actien ein Eigenthum des Hauses W. in Triest waren. Diese Actien sind jenem Hause von Domenig veruntreut worden. Sie haben dieses genau gewußt, und dennoch haben Sie darüber disponirt. Sie müssen doch einsehen, daß man Ihren Behauptungen, als wären Sie mit den Verhältnissen des Domenig nicht vollkommen vertraut gewesen, keinen Glauben schenken kann.

Angekl.: Um die Lloyd-Actien meldete sich W. Ich ging mit ihm in die Kanzlei des Dr. S. und dort ist der Ausgleich mit W. zu Stande gekommen. Ich habe noch dazu meinen damals kranken Schwiegersohn herbeigeholt. Domenig hat dem W. zwei Wechsel ausgestellt, und er hat dann auch die Wechsel eingelöst.

Vors.: Wie kommt es, daß Sie als Acceptant jener zwei Wechsel erscheinen?

Angekl.: Weil sich W. nur unter dieser Bedingung ausgeglichen hat. Uebrigens habe ich den wahren Sachverhalt erst erfahren, als sich W. um seine Actien meldete.

Vors.: Ich übergehe jetzt zum Gegenstande der Anklage. Welche Forderungen haben Sie an Domenig zu stellen?

Angekl.: Eine Forderung per 7000 fl. aus einem Schuldcheine, per 4000 fl. gleichfalls aus einem Schuldcheine und 4 Wechselforderungen per 700 fl., 500 fl., 500 fl. und 300 fl., welche durch Novation in eine Gesamtwechselforderung per 1900 fl. übergegangen sind.

Vors.: Wir beginnen mit der Wechselforderung per 1900 fl. Wann ist dieser Wechsel ausgestellt worden?

Angekl.: Am 12. Oktober 1869. Ich forderte nämlich meinen Schwiegersohn auf, mir den Wechsel auszufolgen, damit wir es nicht mit 4 Wechseln zu thun haben.

Vors.: In der Untersuchung haben Sie aber gesagt, daß Ihr Schwiegersohn Ihnen schon im Jahre 1868 einen Gesamtwechsel versprochen habe. Wie kommt es,

daß der Wechsel erst ein Jahr darnach ausgestellt und auf das Jahr 1868 zurück datirt ist?

Angekl.: Ich dachte nicht mehr auf den Gesamtwechsel, weil ich die kleineren Wechsel in der Hand hatte.

Vors.: Wie kommt es, daß der Gesamtwechsel auf 1900 fl. statt auf 2000 fl. ausgestellt ist?

Angekl.: Ich dachte die 100 fl. schon wo anders einzubringen.

Vors.: Haben Sie sich bezüglich dieser 100 fl. zahlhaft gemacht?

Angekl.: Nein.

Vors.: Ihr Schwiegersohn hat jedoch das Gegentheil behauptet. Wie haben Sie die Wechselvaluta bezahlt?

Angekl.: In Barem.

Vors.: Das stimmt nicht mit der Aussage des Domenig überein, welcher angibt, daß ein Wechsel dadurch entstand, daß er eine Ihrer Forderungen übernommen hat.

Angekl.: Entschuldigen. 300 fl. habe ich durch Ueberlassung einer Forderung an meine Stiefmama bezahlt.

Vors.: Domenig hat jedoch angegeben, daß Sie die Forderung an Wilibald Sch., das ist den Ehegatten Ihrer Stiefmutter, zu stellen hatten.

Angekl.: An beide Ehegatten.

Vors.: Domenig hat jedoch angegeben, daß auch die 4 kleineren Wechsel zu Recht bestehen, und sie deshalb auch in den Status aufgenommen.

Angekl.: Diese 4 Wechsel bestehen nicht mehr zu Recht.

Der Vorsitzende übergeht hierauf zur Forderung der 4000 fl. aus der Lebensversicherungspolice des „Janus.“

Das diesbezügliche Verhör übergehen wir, da es so wohl in der Fragestellung als auch in der Beantwortung mit jenem des Andre Domenig conform ist. Wir erwähnen nur, daß Johann Schmidl auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß Domenig diese Forderung im Status nicht aufgeführt habe, entgegnete, daß Domenig vermuthlich diese Forderung durch Cession der L'schen Post für compensirt hielt. Schmidl habe zwar sich diese Post cediren lassen, allein dieselbe später für uneinbringlich gehalten.

Auch in Bezug der Forderung pr. 7000 fl. aus dem Erlöse der beim Generalcommando für Schmidl sequestrirt gewesenen Wertpapiere lauten die Angaben Schmidl's und Domenig's im wesentlichen gleich; insbesondere behauptet auch Schmidl, daß er jene 3000 fl., welche er von A. in Wien im October 1868 eingekauft erhielt, sowie die 4400 fl. Rudolfactien, welche ihm im gleichen Monate zugeschickt wurden, unberührt an Domenig ausgeliefert habe.

Befragt, woher er die Geldmittel zur Ausbändigung der bedeutenden Darlehen an Domenig erhalten habe, gibt Schmidl an, daß er 7057 fl. bei der Landeshauptkasse in Graz, 4152 fl. durch Realisirung der Polizzen des „Janus“, ferner 700 und 800 fl. durch Dr. Sch. in Graz um die fragliche Zeit erhalten habe.

Befragt, welche Deckung ihm vom Domenig für seine Forderung gegeben worden sei, gibt er an, daß ihm die Forderungen des Domenig an L. W. und B. cedirt worden seien, daß jedoch sämtliche Forderungen theils uneinbringlich, theils streitig sind, und daß er für sein so bedeutendes Guthaben demnach eigentlich keine Deckung habe.

Die bezüglichlichen Angaben Domenig's werden durch Verlesung der einschlägigen Actenstücke, Cessionen, Verlaßantwortungen, Grundbuchsextracte u. s. w. erprobt und richtig befunden, und wurde schließlich über Antrag des Dr. Suppan die Requirirung der Proceßacten in causa Domenig c. B. vom Bezirksgerichte Plana beslossen. Hiemit endete der dritte Verhandlungstag.

## Locales.

— (Der Laibacher Frauenverein) zur Hülfeleistung für verwundete und kranke Krieger, dann zur Unterstützung der invalid gewordenen Soldaten und deren Witwen und Waisen hat in der am 3. d. M. abgehaltenen Ausschusssitzung beschossen, seine Generalversammlung auf den 22. Juni l. J., Vormittags 11 Uhr, in der Wohnung der Vorsteherin-Stellvertreterin Frau Antonie Frein von Cobelli einzuberufen, bei welcher statutenmäßig auch die Neuwahl des Ausschusses, dann durch diesen jene der Vorsteherin und zweier Stellvertreterinnen derselben vorzunehmen sein wird. Da der im Vorjahre gewählte Protector und Vermögenscurator des Vereins, Freiherr Conrad v. Eybesseld, bei der aus Anlaß seiner Berufung zum k. k. Statthalter in Piz erfolgten Abreise von Laibach die vollständig geordnete Vereinskasse, enthaltend Staatsobligationen im Betrage von 11.600 fl., dann in Sparkasseneinlagen und Varschaft 947 fl. 12 kr. der Vereinsleitung mit dem Ausdrucke des Bedauerns übergeben hat, wegen der bedeutenden Entfernung seines künftigen Wohnsitzes diese Stelle nicht mehr versehen zu können, mußte auch die Wahl eines Protectors und Curators auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt werden, und es wurde die Frau Gemalin des Scheidenden, als Vereinsvorsteherin, von der Versammlung ersucht, Hochdemselben im Namen des Vereins den tiefgefühlten Dank für die gewährte Unterstützung und die gefällige Vermögensgebarung auszusprechen. Der Verein ist nach Kräften bemüht, nicht nur das bedeutende Vermögen und die reichen Materialvorräthe als Stammcapital zur Erreichung seiner patriotischen und humanitären Wirksamkeit, falls solche durch Kriegeereignisse neuerdings geboten sein sollte, sorgsam und treulich zu verwalten, sondern auch jetzt im Frieden hilfsbedürftigen Invaliden thätigste Unterstützung angedeihen zu lassen, sowie er nach der



